

50 Mill. Fr. eine Reihe neuer Dorfschaften (Kolonien europäischer Ansiedler) gegründet und zu diesem Behuf die jetzigen arabischen Besitzer des Grund und Bodens einfach expropriiert werden sollen.

1. Juli. Der Zustand des kranken Grafen Chambord in Frohsdorf hat sich verschlimmert. Der Graf von Paris als sein eventueller politischer Erbe geht persönlich dahin ab.

2. Juli. Kammer: die Regierung verlangt und erhält von ihr nach einer heftigen Debatte und mit einer Mehrheit von nur 25 Stimmen einen weiteren Kredit von 5 Millionen zum Weiterbau der Eisenbahn, welche den Senegal mit dem Niger verbinden soll, wesentlich in strategischem Interesse behufs Erschließung und Annexion des Soudangebietes, und bis jetzt schon 16 Mill. Fr. gekostet hat, wofür ca. 16 km ausgebaut zu sein scheinen.

7. Juli. Die Regierung gründet durch Dekret neben der Ehrenlegion einen besonderen landwirtschaftlichen Verdienstorden und meint: „Dieses im weitesten demokratischen Geist gegründete Institut (!) wird von der französischen Landwirtschaft ohne Zweifel dankbar begrüßt werden.“ Die Zahl der Ritter darf nicht über 1000 betragen.

14. Juli. Feier des Nationalfestes, das an die Stelle des Napoleonstages getreten ist. Dasselbe verläuft ohne besondere Zwischenfälle: Manifestationen mit schwarzen Fahnen u. dgl. sind spärlich und finden keinen Anklang. Zur besonderen Feier des Tags wird die Statue der Republik auf dem Platz du Château d'Orléans offiziell enthüllt. Bei der Statue Straßburg findet eine obligate kleine Demonstration der Gießerei statt. Der Verlauf der Revue wird vorzüglich befunden.

16.—30. Juli. Kammer: Beratung der Konventionen mit den großen Bahngesellschaften und schließliche Annahme derselben.

Die Generaldebatte dauert vom 16. bis 21., die Spezialdebatte vom 21. bis 30. Juli. Die erstere wurde mit 206 gegen 166 Stimmen geschlossen, die Dringlichkeit mit 250 gegen 122 Stimmen erklart und der Übergang zur Spezialdebatte mit 169 gegen 114 Stimmen votiert. Die erste Konvention wird mit 349 gegen 134 Stimmen genehmigt. Damit ist die Frage entschieden. Im Grunde war die Annahme von Anfang an nicht zweifelhaft, da der Staat sich in einer finanziellen Zwangslage befindet und bessere Bedingungen von den Gesellschaften nicht zu erhalten waren. Das außerordentliche Budget für 1884 kann nun festgestellt werden: der Staat hat nicht für die Kosten der weiteren Bahnbauten nach dem System freizusetzen zu sorgen, zumal der Finanzminister offen zugesteht, daß die Gesellschaften das Geld wohlfeiler beschaffen könnten als der Staat. Ohne Defizit und eine Staatsanleihe wird es freilich auch so nicht abgehen.